

ferenz geplant, auf der die Veränderungen im Zuge des 16. Parteitags der KPCh im November 2002 berücksichtigt und neue Aspekte des Wandels parteistaatlicher Strukturen in China aufgenommen werden sollen. Für 2003 ist auch die Herausgabe eines englischsprachigen Konferenzbandes mit den gesammelten Beiträgen geplant, von denen einige vorab in den Zeitschriften *Copenhagen Journal of Asian Studies* bzw. *China: An International Journal* publiziert werden sollen.

Heike Holbig

International Conference on Grass-root Governance in Contemporary China

Shizuoka University, Japan, 30.08.-01.09.2002

Im Rahmen eines von Hishida Masaharu geleiteten Forschungsprojektes der Universität Shizuoka unter Beteiligung weiterer japanischer Universitäten fand ein internationales Symposium zu Fragen der lokalen Regierungsformen in der Volksrepublik China statt. Die Konferenzsprachen waren Japanisch und Chinesisch und bis auf zwei Ausnahmen (USA, Deutschland) stammten die Teilnehmer auch aus diesen Sprachkreisen (inkl. Taiwan und Hongkong). Dies tat der Breite der behandelten Themen keineswegs Abbruch. Im Unterschied zu anderen Konferenzen zu diesem Themenkreis standen dabei weniger einzelne Fallstudien, sondern vielmehr grundlegende Zusammenhänge und theoretische Fragestellungen im Vordergrund.

In seiner Eröffnungsrede griff Bai Gang (Chinesische Akademie der Sozialwissenschaften, Beijing) neueste Entwicklungen im Feld der Lokalverwaltung auf, etwa die bisherigen Versuche einer Umstrukturierung der städtischen Einwohnerkomitees oder ein neues Dokument der politischen Zentrale über die Zusammenarbeit von gewählten Dorfbewohnerkomitees (DBK) und parteiintern eingesetzten Parteikomitees auf Dorfebene. In einem interessanten Schritt fordert das Dokument Nr. 14 des Sekretariats des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas und des Büros des Staatsrats vom 14. Juli 2002 eine stärkere Verknüpfung der "beiden Komitees", indem auch Parteimitglieder, inklusive Parteisekretär, sich an den freien DBK-Wahlen beteiligen. Indirekt würde damit auch der Parteiposten stärker von der Stimmabgabe durch die Dorfbewohner abhängig werden.

In 23 Konferenzbeiträgen und den anschließenden Diskussionen wurden z.T. diese Fragen weiter erörtert, wobei das Problem der "zwei Komitees" auf Dorfebene, von denen das Parteikomitee i.d.R. dasjenige mit höherer Autorität darstellt, ein durchgängiges Thema aller Konferenzen zur Lokalverwaltung darstellt. Denn auf dieser Ebene wurde von Seiten der zentralen Staats- und Parteiführung schon lange von einer Trennung von "Staat" und "Partei" gemäß den Deng Xiaoping'schen Prinzipien abgesehen. Die erst 1999 begonnenen Experimente mit lokaler Selbstverwaltung in Nanjing, Ningbo, Shanghai, Shenyang, Wuhan u.a. Städten bieten nun auch die Möglichkeit von Stadt-Land-Vergleichen. Diese gestalten sich in der Forschungspraxis aber schwierig, da viele sozioökonomische Bedingungen stark abweichend sind. So wird in der VRCh im Allgemeinen das Kollektiveigentum der Dorfgemeinschaft am landwirtschaftlichen Boden als Voraussetzung für die Entwicklung einer

lokalen Selbstverwaltung angesehen. Vergleichbares ist in den Städten nicht gegeben, wo die Bevölkerung bisher stärker von den Arbeitseinheiten als den Wohnortgemeinschaften abhängig war. Unter den Konferenzteilnehmern herrschte allgemeiner Konsens darüber, dass eine übertriebene Analogie zwischen Stadt und Land in der Gesetzgebung für die städtische Selbstverwaltung eher hinderlich sei, da die Ebene der Einwohnerkomitees über keine eigenen Ressourcen verfüge und ihr Umfang i.d.R. zu klein sei, um der lokalen Bevölkerung kommunale Dienstleistungen sachgemäß und effizient anbieten zu können. Annähernd demokratische Wahlen — das Kernstück der dörflichen Selbstverwaltung — stehen in den städtischen Experimenten und diesbezüglichen Diskussionen derzeit hinter solchen Überlegungen zur Verwaltungseffizienz hinten an.

In weiteren Teilen der Konferenz wurden rechtliche und wirtschaftliche Zusammenhänge besprochen sowie internationale Vergleiche gezogen. Hierzu gehörten Wahlrechtsfragen (Vergleich der gegenwärtigen Provinzgesetzgebung zu Dorfwahlen), die Finanzproblematik der chinesischen Lokalverwaltungen sowie Vergleiche mit der Entwicklung japanischer Lokalverwaltung und deren Einfluss auf China. Trotz der Themenvielfalt verliefen die Diskussionen sehr zielgerichtet und blieben keineswegs an der Oberfläche, da alle Teilnehmer bereits seit mehreren Jahren an diesen Entwicklungen regen Anteil nehmen. So kann die Konferenz als Erfolg gewertet werden, vor allem da innerhalb der internationalen Forschungsgemeinschaft eher englischsprachige Publikationen dominieren und die Arbeit vieler Teilnehmer bisher noch kaum außerhalb Chinas und Japans wahrgenommen wurde.

Björn Alpermann